

5. 5.1956

Schreiben des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Regelung der Saarfrage:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlägt daher der Regierung der Deutschen Bundesrepublik die Aufnahme gemeinsamer Beratungen über die Saarfrage unter Hinzuziehung von Vertretern der Regierung des Saargebietes vor. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist zu solchen Beratungen ohne Bedingungen bereit; sie erwartet die gleiche Bereitschaft von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik.“

5. 5.1956

Schreiben des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an den Ministerpräsidenten des Saargebietes, Dr. Hubert Ney, zur Regelung der Saarfrage:

„Die Aufnahme gemeinsamer Beratungen von Vertretern der Regierungen der gegenwärtig in Deutschland bestehenden beiden deutschen Staaten und der Regierung des Saargebietes würde vor aller Welt den festen Willen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit zum Ausdruck bringen und ein bedeutungsvoller Schritt der Annäherung und Verständigung über den Weg zur Wiedervereinigung ganz Deutschlands zu einem friedlichen, demokratischen, unabhängigen und einheitlichen deutschen Staat sein.“

Es wird vorgeschlagen, „einen ständigen bevollmächtigten Vertreter der Regierung des Saargebiets am Sitz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin zu ernennen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, ebenfalls einen bevollmächtigten Vertreter, mit dem Sitz bei der Regierung des Saargebietes in Saarbrücken, zu entsenden.“

10. 5.1956

Schreiben des Ausschusses für Deutsche Einheit an den Präsidenten des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Paul Löbe, zu dem Problem der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik:

„Der Ausschuß für Deutsche Einheit ersucht Sie daher, dahin zu wirken, daß die politischen Gefangenen, die gegen Militarismus, Neonazismus und Völkerverhetzung aufgetreten